

STADT KARLSRUHE
Stadtamt Durlach

Niederschrift Nr. 03/2014

über die Sitzung des Ortschaftsrates Durlach
am: Mittwoch, 17.09.2014
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:35 Uhr

in Karlsruhe-Durlach, Rathaus, Bürgersaal.

Vorsitzende: Ortsvorsteherin Alexandra Ries

Zahl der anwesenden Ortschaftsräte: 22

Es waren anwesend:

CDU: OR Griener, OR Henkel, OR Kehrlé, OR Böhler-Friess, OR Mächtlinger,
OR Müller, OR Scheuermann

B 90/Die Grünen: OR Pötzsche (**anwesend ab 17:05 Uhr**), OR Dr. Puzicha-
Martz (**anwesend ab 17:07 Uhr**), OR Maier,
OR Özcay, OR Dr. Wagner, OR Köster

SPD: OR Dr. Rausch, OR Volz, OR Pfalzgraf, OR Holstein, OR Köster

FDP: OR Dr. Fink-Sontag, OR Malisius

FW: OR Stutz, OR Wenzel

Es fehlten:

a) entschuldigt: -

b) nicht entschuldigt: -

Schriftführerin:

Sonja Doll (StADu)

Sonstige Verhandlungsteilnehmer: Herr Röbler (StADu), Frau Doll (StADu),
Herr Engver (StADu)

Die Einladung zu dieser Sitzung, datiert vom 05.09.2014, Zeit, Ort und Tagesordnung sind am 12.09.2014 in der Stadtzeitung der Stadt Karlsruhe ortsüblich bekannt gegeben worden.

3. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 17.09.2014

Protokoll zu

**TOP 1: Jährlicher Bericht des Amtes für Abfallwirtschaft
 hierzu
 Entwicklung und Ergebnisse aus der Datenerhebung und Sortier-
 analyse zur Wertstofftonne/Papiertonne**

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) begrüßt die Anwesenden zur ersten Sitzung nach der Sommerpause.

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt sie Herrn Gehm, den neuen Rektor der Friedrich-Realschule, dessen Wunsch es war, sich dem Ortschaftsrat persönlich vorzustellen.

Die Vorsitzende tritt in die Tagesordnung ein und ruft

TOP 1: Jährlicher Bericht des Amtes für Abfallwirtschaft – hierzu: Entwicklung und Ergebnisse zur Wertstofftonne/Papiertonne auf und begrüßt hierzu den Leiter des Amtes für Abfallwirtschaft, Herrn Stefan Kaufmann.

Herr Kaufmann (AfA) berichtet anhand einer PowerPoint-Präsentation über

- die Neustrukturierung der Wertstoffeffassung in der Stadt Karlsruhe
- das Pilotprojekt „Sperrmüll auf Abruf“
- die Neustrukturierung der Bioabfallverwertung
- die Oberflächenabdichtung der Deponie Ost

Nach jedem Thema wird diskutiert und es werden Statements abgegeben.

1. Neustrukturierung der Wertstoffeffassung in der Stadt Karlsruhe

OR Griener (CDU) fragt, wie die Kontrolle dahingehend aussehen wird, dass die Papierabfälle nicht mehr in der Wertstofftonne entsorgt werden. Er fragt, ob es hierzu eine Art „Müllpolizei“ geben wird.

Herr Kaufmann (AfA) führt aus, dass es in Karlsruhe keine „Müll-Sheriffs“ geben wird. Der Befreiungsantrag ist eine Eigendeklaration, die da sagt, ich möchte keine Papiertonne und ich verpflichte mich gleichzeitig, dass mein Papier entsorgt wird. Das Amt für Abfallwirtschaft hat zunächst keinen Anlass, dies zu bezweifeln. Es werde sich im Nachhinein zeigen, ob bei der Aussortierung noch PPK-Anteile enthalten sind. Es könne zurückverfolgt werden, aus welcher Straße die PPK-Anteile stammen. Danach werde sein Amt mit einer verstärkten Öffentlichkeitsarbeit reagieren.

OR Malisius (FDP) führt aus, dass der derzeit private Papiersammler Juristen beauftragt habe, um sich zu wehren, dass er ganz „ausgeschaltet“ wird. Er fragt, ob dieser Rechtsstreit schon beendet ist.

3. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 17.09.2014

Protokoll zu

**TOP 1: Jährlicher Bericht des Amtes für Abfallwirtschaft
 hierzu
 Entwicklung und Ergebnisse aus der Datenerhebung und Sortier-
 analyse zur Wertstofftonne/Papiertonne**

Blatt 2

Herr Kaufmann (AfA): Es gab keinen Rechtsstreit, es gab Rechtsmeinungen. Der Zentrale Juristische Dienst hatte eine gewerbliche Sammlung befristet. Gegen diese Befristung wurde vom gewerblichen Sammler (Fa. Kühl) Widerspruch eingelegt. Dem Zentralen Juristischen Dienst liegt der Widerspruch vor. Von dort wurde ihm mitgeteilt, dass die seit 2007 von der Firma Kühl durchgeführte gewerbliche Sammlung weiterhin durchgeführt werden darf.

OR Dr. Puzicha-Martz (B 90/Die Grünen) fragt nach dem Übergang, wenn z. B. ein Haushalt künftig die städt. Papiertonne nutzt und bisher die Tonne der Firma Kühl.

Herr Kaufmann (AfA): Dadurch, dass die Stadt Karlsruhe diese gewerbliche Sammlung der Firma Kühl nicht untersagt, ist es möglich, dass der Bürger/die Bürgerin in freier Wahl sagt, ich möchte die bereits vorhandene blaue Tonne weiterhin nutzen. Der Bürger/die Bürgerin habe aber auch die Freiheit zu sagen, ich will unbedingt das System der Stadt Karlsruhe mitgestalten und gebe deshalb die blaue Tonne an die Firma Kühl zurück.

Zu den Gebühren führt er aus, dass Karlsruhe bislang nur einen Gebührenmaßstab hat. D. h. die Größe der Restmülltonne ist allein der Gebührenmaßstab; die Papiertonne ist ohne zusätzliche Gebühren sowohl von der Stadt Karlsruhe als auch vom gewerblichen Sammler.

OR Stutz (FW) bedankt sich für die ausführlichen Informationen und vor allem dafür, dass er dem Ortschaftsrat bereits vor der Sitzung seine Präsentation zur Verfügung gestellt hat.

Eine Kritik bringt sie bei der Auswertung an. Es wurden zum einen nur die Gebührenempfänger benachrichtigt und nicht die Nutzer, die nachher für den Inhalt in der Papiertonne verantwortlich sind. Sie fragt, ob das Amt für Abfallwirtschaft in Erwägung ziehe, hierzu auch die Nutzer zu befragen.

In der Auswertung werde auch gefragt, ob man sich befreien lassen möchte. Es werde jedoch nichts über den kommerziellen Anbieter ausgeführt.

Sie interessiert, wo konkret in der Innenstadt diese schlechten Befreiungswunschprozentzahlen von 27 % herkommen.

Weiter fragt sie, wie viele Wertstofftonnen es in Karlsruhe insgesamt gibt und wie viele davon in der stichprobenhaften Untersuchung untersucht worden sind.

Zur Folie „Ergebnisse der punktuellen Sortieranalyse“ fragt sie, wo der Anteil der PPK zu finden sei.

3. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 17.09.2014

Protokoll zu

**TOP 1: Jährlicher Bericht des Amtes für Abfallwirtschaft
 hierzu
 Entwicklung und Ergebnisse aus der Datenerhebung und Sortier-
 analyse zur Wertstofftonne/Papiertonne**

Blatt 3

Zur Aussage, 4.600 t per anno Papier in der Restmülltonne, schlägt sie das Betreiben von Öffentlichkeitsarbeit vor. Es sei selbstverständlich, dass sich daraus die nächste Frage erschließt, wieso man davon ausgeht, dass die Karlsruher/Karlsruherinnen so sorgfältig trennen, wenn nach 25 Jahren Wertstofftonne ein so hoher Anteil an Wertstoffen in der Restmülltonne entsorgt wird.

Weiter spricht sie die Folie 22 an: Momentan gibt es eine Papierverwertung von 11.000 t nach der Sortierung. Das Amt für Abfallwirtschaft geht aber künftig von 15.000 t aus. Wie erklärt sich die Differenz von 4.000 t. Auch bei der Kostenschätzung sind es 2.000 t mehr Papier als bisher. Kommen diese von den Vereinen, die nicht mehr sammeln können.

Und was in allen Berechnungen und Schätzungen fehlt ist die Aussage, was passiert, wenn die Papiertonne sortiert werden muss, d. h., wenn der hohe Anteil an Fehleinwürfen sich in der Papiertonne fortsetzt.

Weiter führt sie aus, dass es in sehr vielen Kommunen Streit wegen der Einführung einer Papiertonne gibt. So z. B. hat Oldenburg die Papiertonne eingeführt und hat im ersten halben Jahr, hochgerechnet auf ein Jahr, Verluste von einer halben Million gemacht. Deswegen versteht sie nicht, warum man in Karlsruhe die Einführung der Papiertonne so übers Knie brechen und unbedingt innerhalb eines dreiviertel Jahres die Papiertonne einführen muss.

Herr Kaufmann (AfA) führt aus, dass es unter der Wortmeldung von OR Stutz ein paar spezielle Fragen gab, die er in einem Zweiergespräch mit Frau Stutz gerne direkt beantworten möchte.

Er greift aber doch einige Punkte heraus. Richtig ist, wenn man jetzt von 11.000 t und später von 15.000 t redet, rede man bei den 11.000 t von der Menge, die den kommunalen Anteil von PPK widerspiegelt. Dagegen sind bei den 15.000 t die kommunalen Anteile und DSD-Anteile zusammen aufgeführt.

Wo er in ein paar Wochen OR Stutz belastbar widersprechen kann, ist bei dem Thema: „Papierfassung - die Qualität in einer Monotonne ist nicht besser“. Fakt ist, dass das Amt für Abfallwirtschaft nach Ausschreibung für das aussortierte Papier bessere Preise bekommt, weil die Qualität einfach besser ist.

Er führt aus, dass Hausverwaltungen sehr viele Fragebögen erhalten haben und direkt vom Amt für Abfallwirtschaft angesprochen wurden. Er wisse von vielen Haushaltverwaltungen, dass diese ihre Mieter und Nutzer gezielt angesprochen haben, sodass hier auch Erfahrungen mit eingeflossen sind. Das Amt für Abfallwirtschaft könne aber den Hausverwaltungen nichts vorschreiben.

Wo OR Stutz Recht hat ist bei den zu vielen Wertstoffen im Restmüll. Hier müsse sein Amt versuchen, die Bürgerinnen und Bürger aufzuklären.

3. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 17.09.2014

Protokoll zu

**TOP 1: Jährlicher Bericht des Amtes für Abfallwirtschaft
 hierzu
 Entwicklung und Ergebnisse aus der Datenerhebung und Sortier-
 analyse zur Wertstofftonne/Papiertonne**

Blatt 4

OR Wenzel (FW) fragt, ob in den 63 €, die das Amt für Abfallwirtschaft für Papier erhält, auch die Welt- und Eunidsschwankungen enthalten sind, oder dies eine positive Annahme ist.

Weiter fragt er, wenn der private Anbieter weiter sammeln darf, schließt dies aus, dass ein zweiter oder dritter Anbieter auch sammeln kann.

Herr Kaufmann (AfA): Die 63 € waren nach der damaligen Ausschreibung ein Festpreis. Und im Rahmen der kommenden Ausschreibung werde man sehen, was sich da ergibt.

Die Frage bzgl. der privaten Anbieter ist eine rechtliche Frage, die der Zentrale Juristische Dienst beantworten müsse. Fakt ist aber, dass die Firma Kühl nach eigenen Angaben ca. 8.000 bis 9.000 Behälter ausgegeben hat und ca. 3.000 Gewichtstonnen einsammelt. Es gibt Rechtsmeinungen und sogenannte Rechtsklarheiten. Rechtsklarheiten gibt es dann, wenn Gerichtsurteile über irgendetwas entschieden haben. Und diese Urteile zum Thema „gewerbliche Untersagung oder nicht“ haben sich in Deutschland im letzten Dreivierteljahr gedreht. Deshalb habe sein Amt im Fragebogen bewusst nicht auf die kommerzielle Tonne abgehoben, weil man zu diesem Zeitpunkt nicht wusste, wo sich das hin entwickeln werde. Mittlerweile gibt es Gerichtsurteile, die da sagen, wenn es schon eine gewerbliche Sammlung gibt und irgendwo flächendeckend alles abgearbeitet ist und erfasst wird, sind weitere gewerbliche Sammlungen, die angezeigt werden, unter Umständen zu untersagen.

OR Maier (B 90/Die Grünen) stellt fest, dass diese Umfrage durchgeführt wurde, um ein Meinungsbild zu erhalten. Er glaubt aber, dass viele Bürgerinnen und Bürger der Meinung sind, mit der Beteiligung auch gleichzeitig die Befreiung beantragt zu haben. Dies sei wohl aber nicht der Fall. Deshalb fragt er, ob die Bürgerinnen und Bürger diesbezüglich nochmals angeschrieben werden oder ob diese selbst aktiv werden müssen.

Herr Kaufmann (AfA): Richtig ist, dass die Umfrage und die reine Information noch keinen Akt auslösen können. Deswegen heißt es, dass sein Amt den Befreiungsantrag benötigt, über welchen dann beschieden wird, wenn dies so deklariert und erklärt wird, wie man künftig dies getrennt, ohne die städt. Papiertonne, umsetzen möchte. Hierzu werde sein Amt unmittelbar ab dem 22. Oktober 2014 in die Öffentlichkeit gehen, um genau darauf hinzuwirken. Denn für sein Amt sei es auch wichtig, dass es frühzeitig weiß, wo es keine Tonne hinstellen muss.

3. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 17.09.2014**Protokoll zu**

**TOP 1: Jährlicher Bericht des Amtes für Abfallwirtschaft
 hierzu
 Entwicklung und Ergebnisse aus der Datenerhebung und Sortier-
 analyse zur Wertstofftonne/Papiertonne**

Blatt 5

OR Pötzsche (B 90/Die Grünen) führt aus, dass das Thema der Vereine in diesem Gremium sehr wichtig sei. Den Ausführungen von Herrn Kaufmann konnte er entnehmen, dass das Amt für Abfallwirtschaft einen „Abwicklungsverein“ gegründet hat. Hierzu bittet er um Erläuterung.

Weiter fragt er, ob die Papiersammlung ein stabiler Markt ist bzw. ist sichergestellt, dass das Amt für Abfallwirtschaft sagen kann, die Papierpreise entwickeln sich in naher Zukunft rapide abwärts bzw. ist auch sichergestellt, dass das Amt für Abfallwirtschaft die entsprechenden Mengen auch bekommen wird. Er meint, dass hier sicher einige Unwägbarkeiten dabei sind, die das Ganze riskant machen könnten. Hierzu möchte er gerne die fachmännische Beurteilung dieses Marktes.

Weiter fragt er, ob innerhalb des Amtes nochmals die rechtliche Auslegung des Abfall-Kreislaufwirtschaftsgesetzes erfolgt? Ist das Amt für Abfallwirtschaft immer noch der Ansicht, dass es ein „Muss“ ist oder hat sich in dieser Hinsicht auch etwas anderes ergeben? Er weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass der Landkreis Karlsruhe keine Papiertonne einführt. Deshalb stellt er sich die Frage, warum macht dies der Landkreis so und die Stadt Karlsruhe macht es so.

Abschließend spricht er OR Stutz bzgl. ihrer Ausführung zur Stadt Oldenburg an und führt aus, dass sich dieser Fall etwas anders darstelle, weil da vorher ausschließlich eine Arbeitsgemeinschaft den Müll eingesammelt und dann die Stadt dann plötzlich mit eingesammelt hat. Dies sei eine andere Grundvoraussetzung.

Herr Kaufmann (AfA): Natürlich gibt es auf dem Markt Veränderungen. Nachfrage Papier muss mit dem Angebot in einem Verhältnis stehen, damit die Preise rauf oder runter gehen. Wirtschaftlich sei es für die Stadt trotzdem interessant. Würde man den Erlös auf null setzen, ist die Einsparung aus der Sortierung aufgrund der deutlich veränderten Mengen, die anders erfasst werden, immer noch klar und deutlich vorhanden. Das Amt für Abfallwirtschaft geht davon aus, dass die Trennung auch ökonomisch nicht teurer sei, als das was man bisher hat. Und dies sollte der grundlegende Maßstab sein. Die städt. Einsammlung ist teurer als die Einsammlung jedes privaten Unternehmens. Dies liegt in der Struktur der Sache.

Nach wie vor ist sein Amt der Meinung, dass aufgrund des Abfall-Kreislaufwirtschaftsgesetzes und aus den Bestätigungen und Meinungen des Umweltministeriums, aus rechtlicher Sicht die separate Erfassung von anderen Wertstoffen, auch von PPK, eingeführt werden muss. Dies sei die Meinung der Stadt Karlsruhe. Wenn der Landkreis eine andere Meinung hat, müsse er diese vertreten.

Zum Abwicklungsverein: Die Stadt muss sich operativ ausklinken, denn sobald die Stadt operativ tätig ist, unterliegt sie dem Vergaberecht und muss diese Dinge ausschreiben.

3. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 17.09.2014

Protokoll zu

**TOP 1: Jährlicher Bericht des Amtes für Abfallwirtschaft
 hierzu
 Entwicklung und Ergebnisse aus der Datenerhebung und Sortier-
 analyse zur Wertstofftonne/Papiertonne**

Blatt 6

Dieser neue Verein ist gegründet worden mit dem Mindestmaß von Personen. Und nicht die Papier sammelnden Vereine müssen Mitglied im Abwicklungsverein sein, sondern dieser Verein stellt die Dienstleistung jedem zur Verfügung. Dieser Verein vermarktet diese große Papiermenge und kauft die Dienstleistung für die Einsammlung ein. Und die Differenz wird an die Vereine ausgeschüttet. Und sowohl durch die transparente Gestaltung und die Differenzierung zwischen Vermarktung und Logistik ist überhaupt das Thema, dass es der gemeinnützigen Sammlung genügt.

OR Dr. Fink-Sontag (FDP) fragt, wie das Amt für Abfallwirtschaft bei einer Müllgemeinschaft, die sich teils befreien lässt und teils nicht, vorgeht.

Herr Kaufmann (AfA): Diese Handhabung muss die Müllgemeinschaft selbst klären. Hier greift sein Amt nicht ein.

OR Stutz (FW) fragt, mit wem die sammelnden Vereine einen Vertrag abschließen. Mit der Stadt Karlsruhe oder mit dem Abwicklungsverein.

Herr Kaufmann (AfA): Das Amt für Abfallwirtschaft hat mit den Vereinen, die mit der Stadt Karlsruhe einen Vertrag abgeschlossen haben, vereinbart, dass diese Verträge auf den Abwicklungsverein übergeleitet werden, sobald der Abwicklungsverein geschäftsfähig ist.

2. Pilotprojekt „Sperrmüll auf Abruf“

OR Stutz (FW) fragt, ob sich bzgl. des Sperrmülls auf Abruf die Anlieferung in der Nordbeckenstraße erhöht hat.

Herr Kaufmann (AfA): Dem Amt für Abfallwirtschaft liegt dazu keine auswertbare Datenerhebung vor.

OR Dr. Fink-Sontag (FDP) führt aus, dass sich bei ihrer Fraktion sehr viele Bürgerinnen und Bürger über den Sperrmüll auf Abruf negativ äußern. Dies habe damit zu tun, dass viele Dinge, wie z. B. große Baumwurzeln, Holz aus dem Garten, große Übertöpfe nicht mitgenommen und deshalb zur Nordbeckenstraße gefahren werden müssen. Dies bedeutet eine Reduzierung des Services der Stadt Karlsruhe und verärgert so manchen Bürger/manche Bürgerin. Und sie persönlich habe die Auskunft erhalten, dass nur Möbel mitgenommen werden.

3. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 17.09.2014

Protokoll zu

**TOP 1: Jährlicher Bericht des Amtes für Abfallwirtschaft
 hierzu
 Entwicklung und Ergebnisse aus der Datenerhebung und Sortier-
 analyse zur Wertstofftonne/Papiertonne**

Blatt 7

Herr Kaufmann (AfA): Es sollte keine Differenzierung zwischen Straßensperrmüll und Sperrmüll auf Abruf geben. Es gibt allerdings bestimmte Dinge, die beim Sperrmüll ausgeschlossen sind. Er verweist in diesem Zusammenhang auf eine sehr ausführliche Beispielliste, was unter Sperrmüll zu verstehen ist – und dies gehe deutlich über das Thema „Möbel“ hinaus. Er sagt aber zu, sich der Sache bzgl. der Aussage, es werden nur Möbel mitgenommen, anzunehmen.

OR Pötzsche (B 90/Die Grünen) bittet um Ausführungen zur Onlinetauschbörse der Stadt Karlsruhe. Weiter bittet er um Auskunft darüber, ob die Stadt durch den Sperrmüll auf Abruf Kosten einsparen konnte. Abschließend fragt er, ob das Pilotprojekt weiter geführt wird, oder ob der Sperrmüll auf Abruf in ein standardisiertes Verfahren aufgenommen wird.

Herr Kaufmann (AfA): Die Onlinetauschbörse wird zunehmend besser angenommen. Hierzu ist aber noch ein gewisses Entwicklungspotenzial vorhanden.

Die spezifischen Kosten bei Sperrmüll auf Abruf sind deutlich höher, weil dieser individuell festgelegt, angefahren und abgeholt wird. D. h. es ist nahezu kostenneutral. Was sehr auffällig ist, dass beim Sperrmüll auf Abruf nicht so oft nachgereinigt werden muss wie beim Straßensperrmüll.

Zur Frage, wie geht es weiter: Hierzu gibt es keinen Kompromiss. Aus rein abfallwirtschaftlicher Sicht muss er sagen, dass das zeitgemäße Instrument „Sperrmüll auf Abruf“ ist. Hierzu ist man derzeit noch im Dialog auf Verwaltungsebene. Sinn macht es, dass man das Stadtgebiet komplett in einem gleichen System handhabt.

OR Dr. Rausch (SPD) konnte dem Vortrag entnehmen, dass 8 % der Bevölkerung das Angebot „Sperrmüll auf Abruf“ wahrnimmt und dass die Sperrmüllmenge um 50 % zurückgegangen ist. Es muss aber Gründe haben, warum so viele Mitbürgerinnen und Mitbürger den Sperrmüll auf Abruf nicht in Anspruch genommen haben. Wenn er diese Zahlen betrachtet muss er feststellen, dass der Sperrmüll auf Abruf bei der Bevölkerung keine Resonanz findet. Deshalb könnte er aus heutiger Sicht nicht zustimmen, dass das Pilotprojekt „Sperrmüll auf Abruf“ weitergeführt wird.

Er bittet deshalb Herrn Kaufmann, seine Aussage zu überdenken. Herr Kaufmann habe auch noch die Möglichkeit, das Projekt nachzujustieren.

3. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 17.09.2014

Protokoll zu

**TOP 1: Jährlicher Bericht des Amtes für Abfallwirtschaft
hierzu
Entwicklung und Ergebnisse aus der Datenerhebung und Sortier-
analyse zur Wertstofftonne/Papiertonne**

Blatt 8

Herr Kaufmann (AfA): Bei der Umstellung von Straßensperrmüll auf Sperrmüll auf Ab-ruf ist es nicht ungewöhnlich, dass es zunächst auf die Hälfte der erfassten spezifischen Menge herunterfällt und sich wieder erhöht auf 75 %.
Wenn nun der Ortschaftsrat sagt, wir warten dann mal ab, bis wir diesen Wert gefun-den haben, dann könnte dies eine Aussage sein, dass die Evaluierungsphase im Moment noch zu kurz ist und um ein Jahr verlängert wird, um mehr Erfahrungswerte zu bekom-men. Man habe in den ersten Monaten nach der Umstellung gesehen, dass sehr viele Informationsfragen gekommen sind. Aber, selbst wenn man auf die 75 % komme, heißt es trotzdem nicht, dass 25 % in den Häusern zurückbleiben. Sondern teilweise sind es Dinge, wie die Nutzung der Wertstoffstationen etc.

3. Neustrukturierung der Bioabfallverwertung

OR Pfalzgraf (SPD): Wenn der Gemeinderat beschließt, so wie in der Vorlage angedeu-tet, dann bedeutet dies auch, dass die energetische Versorgung für das Wohngebiet Fünfzig Morgen in Hohenwettersbach nicht mehr funktioniert. Gibt es dazu schon Über-legungen, dann ein zusätzliches Kraftwerk zu bauen?

Herr Kaufmann (AfA): Das Wohngebiet Fünfzig Morgen ist angeschlossen über eine Wärmeleitung, die von der Deponie Ost nach Hohenwettersbach führt. Bisher ist es nur ein Teil dieser Wärme, die aus der Abwärme des Blockheizkraftwerkes (Nebenprodukt aus der Verstromung aus dem Biogas) kommt und im Winter gibt es noch einen Holz-kessel, der dazugeschaltet wird, um die Winterwärme zu liefern. Vertragspartner sind die Stadtwerke. Das Amt für Abfallwirtschaft stellt die Energie bereit nach Können und Vermögen.

OR Köster (B 90/Die Grünen) spricht die externe Vergabe an und fragt, ob dies auch bedeute, dass der Biomüll zukünftig auf dem Gelände der Stadt Karlsruhe in einer noch zu errichtenden Anlage eines privaten Betreibers entsorgt wird. Ist dies in dem Beschluss ausgeschlossen?

Herr Kaufmann (AfA): Dies könnte auch eine Möglichkeit sein. Dies werden aber der Markt und die Angebote entscheiden.

4. Oberflächenabdichtung der Deponie Ost

OR Malisius (FDP) verweist auf eine kleine Delle in der Deponie, die nicht mehr aufge-füllt wurde. Er fragt, was mit dieser Delle passiert.

3. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 17.09.2014

Protokoll zu

**TOP 1: Jährlicher Bericht des Amtes für Abfallwirtschaft
 hierzu
 Entwicklung und Ergebnisse aus der Datenerhebung und Sortier-
 analyse zur Wertstofftonne/Papiertonne**

Blatt 9

Herr Kaufmann (AfA): Abdichtungen werden so hergestellt, dass sich keine Senken bilden können, wo sich Wasser sammelt, die ggf. zu einer Gefährdung durchstoßen etc.

Die Vorsitzende stellt keine weiteren Wortmeldungen mehr fest. Sie bedankt sich recht herzlich bei Herrn Kaufmann für seinen tollen, umfänglichen Vortrag und die Beantwortung der aufgeworfenen Fragen. Der Ortschaftsrat Durlach freut sich auf ein Wiedersehen im nächsten Jahr.

- K l o p f b e i f a l l -

3. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 17.09.2014

Protokoll zu

TOP 2: **Bebauungsplan „Unten am Grötzingener Weg“, Karlsruhe-Durlach; Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB**

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft TOP 2 auf. Sie führt aus, dass dies die schnelle Weiterentwicklung des Grundsatzbeschlusses zum Thema Sport- und Freizeitpark Untere Hub, den der Ortschaftsrat Durlach vor der Sommerpause gefasst hat, sei.

Im Ältestenrat habe man sich darauf geeinigt, dass man aus dem Stadtplanungsamt keinen Vortrag benötigt.

Es ist ein vom Ortschaftsrat gewünschter und richtiger und auch durch das Stadtplanungsamt dankenswerter Weise sehr schnell gemachter Einstieg in eine konkrete Planung. Dieses Thema werde den Ortschaftsrat aber noch ganz konkret und im Detail in vielerlei Punkten häufig beschäftigen.

Insgesamt aber sollte der Ortschaftsrat den Aufstellungsbeschlüssen zustimmen, um den nächsten vom Ortschaftsrat gewünschten Schritt in eine neue Wohnbebauung und neuen Sportanlagen zu gehen.

OR Pötzsche (B 90/Die Grünen) führt aus, dass seine Fraktion den Beschlussvorlagen zustimme. Seine Fraktion hoffe aber und erwarte, dass diese Projekte nicht nur in Form von einer Bürgerbeteiligungsveranstaltung, sondern in Form von mehreren bzw. in Workshops stattfinden.

Die Vorsitzende findet den Hinweis gut und gebe für sie Anlass, einen Part anzukündigen, nämlich einen Workshop von Jung und Alt hinsichtlich dessen, was für den Freizeitbereich gewünscht wird.

Die Vorsitzende lässt, nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, über den Beschluss: **„Der Ortschaftsrat Durlach beschließt gem. § 2 Abs. 1 BauGB, den Bebauungsplan „Unten am Grötzingener Weg“, Karlsruhe-Durlach aufzustellen. Daneben beschließt der Ortschaftsrat Durlach, die nach § 3 Abs. 1 BauGB vorgeschriebene frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit an der Bauleitplanung in Form einer Bürgerversammlung durchzuführen.**

Gleichzeitig beschließt der Ortschaftsrat Durlach, den Aufstellungsbeschluss vom 27. März 1980 für den Bebauungsplan „Reizerwiesen, Karlsruhe-Durlach“ aufzuheben.

Des Weiteren beauftragt der Ortschaftsrat die Verwaltung, beim Nachbarnachbarverbandsverband Karlsruhe die Änderung/Fortschreibung des Flächennutzungsplanes zu beantragen und empfiehlt dem Gemeinderat, der Änderung/Fortschreibung des Flächennutzungsplanes zuzustimmen“ abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Der Ortschaftsrat Durlach spricht sich einstimmig dafür aus.

3. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 17.09.2014

Protokoll zu

TOP 3: Bebauungsplan „Sport- und Freizeitpark Untere Hub“, Karlsruhe-Durlach;
 Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft TOP 3 auf und lässt über den Beschluss: *„Der Ortschaftsrat Durlach beschließt gem. § 2 Abs. 1 BauGB, den Bebauungsplan Sport- und Freizeitpark Untere Hub, Karlsruhe-Durlach aufzustellen.*

Daneben beschließt der Ortschaftsrat Durlach, die nach § 3 Abs. 1 BauGB vorgeschriebene frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit an der Bauleitplanung in Form einer Bürgerversammlung durchzuführen.

Des Weiteren beauftragt der Ortschaftsrat Durlach die Verwaltung, beim Nachbarschaftsverband Karlsruhe die Änderung/Fortschreibung des Flächennutzungsplanes zu beantragen und empfiehlt dem Gemeinderat, der Änderung/Fortschreibung des Flächennutzungsplanes zuzustimmen“ abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Der Ortschaftsrat Durlach spricht sich einstimmig dafür aus.

3. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 17.09.2014

Protokoll zu

**TOP 4: Erweiterung Sperrbezirk;
Verkehrsrechtliche Maßnahmen
Antrag der Fraktion Freie Wähler, eingegangen am 23.06.2014**

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft TOP 4 auf und bittet um Erlaubnis einer Anmerkung vor Einstieg in die Diskussion:

Jeder von uns, der sich in den Gebieten, die auf Durlacher Gemarkung sind, aufhält, sieht die Situation vor Ort zu unterschiedlichen Zeiten und Situationen anschaut, wird feststellen, dass dies eine extrem belästigende Situation ist, die durchaus in vielerlei Hinsicht verbessert werden sollte. Andererseits – und hierzu ist der Antrag durchaus zu begrüßen – ist diese Materie, in Anbetracht auch einer gewissen Grundrechtsqualität eine rechtlich durchaus sehr komplexe Angelegenheit, die durchaus einer intensiven Prüfung bedarf. Und als Weiteres ist es hier nicht allein die Stadt Karlsruhe, die handeln kann, sondern es auch Entscheidungen des Gemeinderates geben kann, die mit Entscheidungen des Regierungspräsidiums zusammen kommen müssen. Sie informiert, dass es umfangreiche juristische Prüfungen durch den Zentralen Juristischen Dienst gegeben hat, auch durch das Ordnungs- und Bürgeramt und dass das Gespräch auf den 29.09.2014 terminiert ist zwischen Oberbürgermeister und Regierungspräsidium, wo sich dann auch letztlich beide Beteiligten, die an der Situation etwas gestalten und ändern können, über konkretere Umsetzungen im Detail unterhält. Deshalb auch die Bitte des Ordnungs- und Bürgeramtes, dass man heute natürlich noch nicht über die konkreten Umsetzungen reden kann, weil man mit dem Regierungspräsidium darüber noch nicht gesprochen hat. Aber man werde auf den Ortschaftsrat Durlach unaufgefordert zukommen und über diese Ergebnisse berichten.

Weiter sollten diesem Gremium – dies war auch ein Wunsch aus dem Ortschaftsrat – die rechtlichen Grundlagen in verständlicher Form darlegt werde, um dann in eine Diskussion miteinander gehen zu können. Und das Ganze zeitnah bis zur nächsten Sitzung (15.10.2014).

Wenn wir heute bestimmte Antworten durch das Ordnungs- und Bürgeramt noch nicht erhalten haben, heißt dies nicht, dass dieser Antrag jetzt nicht ordentlich behandelt wird, sondern dieser Antrag wird ziemlich sicher in der nächsten Sitzung wieder Thema in diesem Gremium sein und sodann, so hofft sie, mit konkreteren Antworten durch die Fachämter und das Regierungspräsidium bestückt sein.

Weiter weist sie auf einen Hinweis von OR Stutz bzgl. den Anliegerstraßen hin, dass das angesprochene „Geschäft“ (nicht die Anbahnung) kein Anliegen im Sinne einer Anwohnerstraße ist.

Dieser Rechtsposition hat sich zwischenzeitlich auch das Ordnungs- und Bürgeramt angeschlossen. Von dort wurde bestätigt, dass im Hinblick darauf auch kontrolliert wird. Diese Kontrollen seien allerdings wenig erfolgreich. Falls es aus dem Kreis der Ortschaftsräte oder der Bevölkerung Situationen oder Örtlichkeiten gibt, wo man weiß, dass dieses bestimmte „Geschäft“ vollzogen wird, aber nicht die reine Anbahnung, dann soll man sich beim Stadtamt Durlach oder beim Ordnungs- und Bürger-

3. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 17.09.2014

Protokoll zu

**TOP 4: Erweiterung Sperrbezirk;
Verkehrsrechtliche Maßnahmen
Antrag der Fraktion Freie Wähler, eingegangen am 23.06.2014**

Blatt 2

amt melden. Es ist zugesagt, dann dort noch mehr Kontrollen durchzuführen. Hinsichtlich der Ausweisung von Anliegerstraßen wurde nochmals eine Prüfung zugesagt. Klar ist, dass eine Straße, in der Prostitution stattfindet, nicht aus diesem Grunde zu einer Anliegerstraße gemacht werden kann. Eine Straße kann man zu einer Anliegerstraße machen, wenn dies verkehrsrechtlich möglich ist. Und dies setzt eine Einzelfallprüfung voraus. Und auch hier wird man einzelne Stellen überprüfen. Im Ältestenrat hat man darum gebeten, die letzte Frage des Antrags, ob die Dienstleistung der Prostituierten nicht einer Genehmigung einer Sondernutzung bedarf, noch beantworten zu lassen. Antwort des Ordnungs- und Bürgeramtes: Das Angebot an Dienstleistungen der Prostituierten stellt keine Sondernutzung dar, was wiederum bedeutet, dass es auch keiner Genehmigung als Sondernutzung bedarf.

OR Stutz (FW) erläutert den Antrag und möchte wissen, was die Voraussetzung für eine Sondernutzung ist. Warum bedürfen die Dienstleistungen der Prostituierten nicht einer Genehmigung der Sondernutzung.

Zu den Anliegerstraßen führt sie aus, dass man durchaus die Maybachstraße, Dieselstraße und Wachhausstraße zu Anliegerstraßen machen kann, weil es keine Durchfahrtsstraßen sind, um eine rechtliche Handhabe der Kontrolle zu haben. Sie meint, dass das Ordnungs- und Bürgeramt in dieser Gegend durchaus allgemeine Fahrzeugkontrollen durchführen könnte. Es gehe darum, die Auswüchse zu verhindern und Einschränkungen zu machen.

Weiter führt sie aus, dass die „Herren“ jetzt auch die Standorte von Stadtmobil nutzen.

Die Vorsitzende sagt zu, die Anregungen im Detail mit dem Ordnungs- und Bürgeramt zu diskutieren.

OR Dr. Rausch (SPD): Es ist verständlich, dass durch die Straßenprostitution ein Unmut aufkommt. Man dürfe sich aber nicht der Illusion hingeben und meinen, man hätte hier eine Entscheidungsbefugnis. Sowohl als Ortschaftsrat und Gemeinderat habe man keine Entscheidungsbefugnis über den Sperrbezirk und auf das Aufstellen von Verkehrsschildern. Dies sei eine Sache der Unteren Verwaltungsbehörde. Nur bezeichnender Weise habe der Ortschaftsrat Mitentscheidungsrecht bei verkehrsberuhigenden Maßnahmen (= Straßenverkehr). Deshalb sollte der Ortschaftsrat der Bevölkerung nicht den Eindruck vermitteln, hier etwas ändern zu können. Man müsse darauf hoffen, weil es eine überörtliche Frage ist, die sich dahinter verbirgt, dass diese Gespräche – und dazu trägt der Inhalt des Antrags der Freien Wähler mit bei – fruchten.

3. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 17.09.2014

Protokoll zu

**TOP 4: Erweiterung Sperrbezirk;
Verkehrsrechtliche Maßnahmen
Antrag der Fraktion Freie Wähler, eingegangen am 23.06.2014**

Blatt 3

OR Griener (CDU) gibt seinem Vorredner dahingehend Recht, dass weder der Ortschaftsrat noch der Gemeinderat hierüber eine Entscheidung fällen kann. Er bittet aber nachzufragen, was aus dem Runden Tisch geworden ist, wie im Antrag der CDU-OR-Fraktion im Frühjahr d. J. gefordert, bzw. wie die Ergebnisse aussehen. Und dies sollte mit Nachdruck verfolgt werden.

OR Wenzel (FW) führt aus, dass der Ortschaftsrat, auch wenn er rechtlich keine Möglichkeit hat, den Druck weiterleiten sollte. Es gibt im Bund die Diskussion des Verbots der Prostitution. Und wenn die Bevölkerung hier ein Anliegen hat, dieses zu bekämpfen an Ort und Stelle müsse der Ortschaftsrat als politischer Vertreter den Druck so stark erhöhen, dass die höher gegliederten Funktionsträger merken, hier ist eine Veränderung notwendig. Und deshalb sollte man nicht gleich den Kopf in den Sand stecken, sondern so lange fordern, bis die große Politik darauf eingeht. Deshalb sollte der Ortschaftsrat schon mitteilen, dass wir hier in Durlach es ungerecht finden, dass Karlsruhe Sperrbezirke beantragt und man in Durlach außen vorgehalten wird und dadurch eine Verlagerung der Situation hier nach Durlach kommt.

OR Dr. Fink-Sontag (FDP) bittet bei dem Gespräch zwischen Stadt und Regierungspräsidium auch das extrem aggressive Verhalten der „Damen“ anzusprechen, das oft in den Bereich der Nötigung und Erregung öffentlichen Ärgernisses hineinreicht.

Die Vorsitzende spricht das Publikum an, welches zu einigen Wortbeiträgen Beifall gegeben hat. Der Ortschaftsrat gibt dem Publikum Recht und erkennt die Situation, aber die Beifallsbekundungen sind so im Ortschaftsrat nicht vorgesehen. Selbstverständlich sei der Gesetzgeber ein möglicher Ansprechpartner, der ja die Prostitution, was kleinere Städte anbelangt, über eine Verordnung verboten hat. Händeringend suche man nach einer Verbesserung und Lösung, auch punktuell, die aber auch nicht locker aus der Hand geschüttelt werden kann.

OR Köster (B 90/Die Grünen) hat an dem Antrag nicht verstanden ist, die Maybachstraße als Anliegerstraße auszuweisen, weil dort überhaupt niemand wohnt. In diesem Zusammenhang fordert er auch die Bevölkerung auf, selbst den Druck zu erhöhen, z. B. durch das Aufhängen von Plakaten oder Durchführen von Demonstrationen o. ä. Er weist darauf hin, dass das Killisfeld ein besonderes Stadtviertel sei. Die KVV-Haltestellen sehe er allerdings nicht mehr als Problem, denn nach 20 Uhr fährt überhaupt kein Bus mehr. D. h. das Killisfeld ist ein Stadtteil, der abends nach 20 Uhr fußläufig überhaupt nicht mehr zu erreichen ist. Auch hier war der Ortschaftsrat bislang relativ hilflos mit den Appellen an den KVV, dieses Gebiet nicht

3. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 17.09.2014

Protokoll zu

**TOP 4: Erweiterung Sperrbezirk;
Verkehrsrechtliche Maßnahmen
Antrag der Fraktion Freie Wähler, eingegangen am 23.06.2014**

Blatt 4

abzuhängen. Was ihm aber persönlich noch ein Anliegen ist: ihm sei überhaupt nicht wohl dabei, dass man nicht versucht, diese Straßenprostitution in Deutschland komplett zu untersagen. Die Frauen liefern sich hilflos aus, steigen irgendwo bei Männern in ein Auto ein, die sie überhaupt nicht kennen, fahren irgendwo hin und können nur hoffen, dass sie lebend wieder heraus kommen. Hier müsste vom Gesetzgeber mehr unternommen werden.

Die Vorsitzende stellt keine weiteren Wortmeldungen mehr fest. Sie kommt auf Ihren Eingangssatz zurück, heute nicht über den Antrag abstimmen zu lassen, was Aber nicht bedeutet, dass der Antrag ad acta gelegt wird. Sie werde diesen automatisch auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ortschaftsrates setzen. Bis zur nächsten Tagesordnung werden die Fragen „Anliegerstraßen an welchen Orten“ überprüft. Des Weiteren soll auch noch geprüft werden, ob nicht auch die Wachhausstraße, zumindest in Teilen, eine Anliegerstraße war sowie die Diskussion um die ganze rechtliche Situation.

3. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 17.09.2014

Protokoll zu

**TOP 5: Information über Turmberg-Freizeitmöglichkeiten
Antrag der FDP-OR-Fraktion, eingegangen am 02.07.2014**

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft TOP 5 auf, erläutert die Stellungnahme und führt aus, dass sie bereits die Antragsteller darüber informierte, dass das Stadtamt Durlach den Antrag gut findet. Es sei nur wichtig, dass Informationen unterschiedlichster Art nicht an unterschiedlichsten Stellen angebracht werden. Deshalb der Vorschlag, den Antrag in den Kulturbeirat zu verweisen, um dort nähere Einzelheiten zu besprechen.

OR Malisius (FDP) stimmt dem Vorschlag zu.

OR Dr. Puzicha-Martz (B 90/Die Grünen) bittet darum, nicht nur das Turmberg-Areal, sondern auch andere Freizeitmöglichkeiten in Durlach mit aufzunehmen. Dies wäre eine sinnvolle Angelegenheit.

Die Vorsitzende führt aus, dass dies absolut wünschenswert wäre. Das Stadtamt würde gerne viel mehr Informationen über Attraktivitäten, die es in Durlach gibt, erstellen und weitergeben. Allerdings fehlt derzeit das Personal dafür. Ein entsprechender Antrag wird derzeit vorbereitet. Als weiteres gibt es die Diskussion mit den Bürgergemeinschaften, dem Seniorenclub und der AWO u. a. zum Thema „Bürgerzentren“ in Durlach. Dabei wurde klar, dass für alle es wichtiger wäre, eine Person/Stelle zu bekommen, welche die ganzen Aktivitäten und Arbeiten vernetzt und auch nach außen kommuniziert und koordiniert. Hierzu hat die Abteilung Jugend und Soziales ein Konzept erarbeitet, welches derzeit sich auf dem Weg zum Amt für Stadtentwicklung befindet, um dann im Gemeinderat beraten werden zu können.

Hierzu werde sie zu gegebener Zeit wieder darüber berichten.

3. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 17.09.2014

Protokoll zu

**TOP 6: Amphibienschutz in der Breiten Gass;
Verkehrsrechtliche Maßnahmen
Antrag der OR-Fraktion B 90/Die Grünen, eingegangen am
27.07.2014**

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft TOP 6 auf.

OR Köster (B 90/Die Grünen) erläutert den Antrag und hofft, dass die Ämter Wege finden, um die Situation nochmals umzukehren.

OR Dr. Fink-Sontag (FDP) fragt, ob es zeitliche Vorstellungen gibt, wann die Optimierungsarbeiten abgeschlossen sein werden und ob die Molche im nächsten Frühjahr davon schon profitieren können.

Die Vorsitzende sagt zu, beim Fachamt einen zeitlichen Ausblick einzufordern.

3. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 17.09.2014**Protokoll zu****TOP 7: Lärmschutzwall Untere Hub
 Antrag der OR-Fraktion B 90/Die Grünen, eingegangen am
 27.07.2014****Blatt 1**

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft TOP 7 auf. Sie führt aus, dass man sich im Ältestenrat darüber einig war, zu diesem Thema heute keinen Kollegen/keine Kollegin vom Umwelt und Arbeitsschutz einzuladen. Man werde die Antwort zur Kenntnis nehmen, aber keinesfalls positiv und dass – wie auch in den BNN angekündigt, die Antwort der KASIG abzuwarten, wie diese die grundsätzlichen Möglichkeiten sieht, dass dies überhaupt gebaut, verbraucht und genutzt werden kann. Sie hat aber vom zuständigen Dezernenten, Herrn Stapf, einen Anruf bekommen. Er würde gerne die gesamte Situation zum Lärmschutz mit dem Ortschaftsrat intensiv diskutieren. Man habe sich dann so verständigt, dass wir das Amt Umwelt und Arbeitsschutz und KASIG zum Ortschaftsratsausschuss für Planung, Bauwesen und Umwelt einladen, um dieses Thema nochmals intensiv und fachlich diskutieren zu können. Das Ergebnis soll sodann dem Ortschaftsrat vorgestellt werden.

OR Dr. Wagner (B 90/Die Grünen) weist darauf hin, dass sich das Amt Umwelt und Arbeitsschutz in seiner Stellungnahme nur auf die Sportstätten konzentrierte. Dass dort ein Lärmschutz nicht sinnvoll ist, das ist klar. Aber auf der Unteren Hub soll ja auch ein Freizeitpark angeboten werden. Er bittet, seine Wortmeldung als Anregung weiterzugeben.

Die Vorsitzende sagt dies zu. Man werde konkretisieren, dass es nicht eine reine klassische Sportanlage sein soll, sondern das Gebiet soll auch Naherholung, Begegnung, Freizeit und Aufenthaltsqualität haben.

OR Dr. Rausch (SPD) regt an, dass sich das Umweltdezernat zur Beantwortung der Fragen auch mit dem federführenden Dezernat 3 abstimmt, weil dort Informationen vorliegen, welche die Vereine schon im Frühjahr d. J. zusammen getragen haben. Angesichts des ursprünglichen Entwurfs vorgesehenen, doch sehr hohen Kosten für die Erdaufschüttung haben sich die Vereine Gedanken gemacht, ob sich diese Kosten reduzieren lassen. Er war bei diesen regelmäßigen Gesprächen dabei und hat im Auftrag der Vereine zwei Firmen kontaktiert, die selbst an der Kombilösung mitwirken. Und diese haben im März bzw. April d. J. schriftlich geantwortet. Die schriftlichen Antworten hat er im Auftrag und im Beisein der Vereinsvertreter Bürgermeister Lenz übergeben. Er zitiert aus dem Antwortschreiben einer dieser Firmen vom 17.03.2014 wörtlich: Bei einem Beginn bis Jahresende könnte das Liefermaterial aus der Baumaßnahme Tunnel Karlsruhe kommen. Dann wird es im Detail auch technisch ausgeführt. Und im weiteren Verlauf wird davon gesprochen, dass das ungefähr 60.000 m³ sein würden und dass dies eine zusätzliche Vergütung von 350.000 bis 500.000 € ergeben könnte. D. h. Firmen, die mit diesem Erdaushub jetzt schon betraut sind, sehen diese Chance durchaus und wissen natürlich auch, was das

3. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 17.09.2014

Protokoll zu

TOP 7: Lärmschutzwall Untere Hub
Antrag der OR-Fraktion B 90/Die Grünen, eingegangen am
27.07.2014

Blatt 2

Umweltdezernat offensichtlich nicht weiß, dass für diesen Sport- und Freizeitpark Untere Hub natürlich auch ein Lärmschutzwall vorgesehen ist. Und von daher gesehen ist es voll und ganz zu unterstützen, was die OR-Fraktion B 90/Die Grünen mit ihrem Antrag formulieren.

Er bittet, eine Koordinierung derart vorzunehmen, dass Dezernat 3 mit einbezogen wird, wo die Informationen vorliegen. Offensichtlich ist die Verwaltungsantwort ohne weitere Restinformation vonstatten gegangen. Dies sei nicht schlimm, da der Bohrer ja erst Ende Oktober mit seinen Arbeiten beginnt.

OR Wenzel (FW) bedankt sich für die Ausführung von OR Dr. Rausch. Er hat aber eine Frage zu den Ausführungen von Dr. Wagner. Der geplante Freizeitpark in der Unteren Hub ist sehr wichtig. In diesem Zusammenhang fragt, ob man sich langfristig im direkten Zusammenhang damit überlegt, die angrenzenden Kleingartenanlagen, die an der Autobahnspitze entlang der Pfingst angelegt sind, irgendwann einmal mit einzubeziehen in die vorgesehenen Lärmschutzmaßnahmen, da die Nutzer dieser Gärten den Lärm schon seit Jahrzehnten ertragen müssen.

Die Vorsitzende führt aus, dass man bisher daran noch nicht gedacht habe. Sie sagt aber zu, die Wortmeldung so weiterzugeben und anzuregen, auch diese Kleingartenanlage im Lärmschutz mit einzubeziehen.

OR Köster (B 90/Die Grünen) nimmt die Verwaltung an dieser Stelle in Schutz. Der Ortschaftsrat hat die Verwaltung mit der Nase drauf gestoßen, er weiß aber nicht, ob dies überhaupt notwendig war, wohlwissend auch, dass bei dem Aushub vom Grötzingertunnel für die Überquerung der A 5 schon Planungsrecht bestand. Dies gibt es hier aber nicht. Seine Priorität, was Lärmschutz angeht, wäre allerdings nicht die Kleingartenanlage, sondern die Untermühlsiedlung. Hier müsse er dem Amt Umwelt und Arbeitsschutz schon Recht geben. Er gibt zu, dass es für den Antrag etwas spät sei, da der Aushub bereits im Oktober d. J. beginnt.

Die Vorsitzende findet nicht, dass man die Verwaltung in Schutz nehmen muss. Sie habe durchaus eine Bereitschaft erkannt. Und dies war jetzt die eine schnelle Antwort, dass man in diesem Thema nochmals in eine engere Diskussion geht und aus dem Arbeitskreis zum Sport- und Freizeitpark die Informationen aus dem Dezernat 3 noch mit einbringt. Dies ist jetzt ein Anfang. Und wenn der Antrag und die jetzige Antwort und die Bereitschaft dazu, darüber nochmals zu diskutieren dann dazu führt, dass es ein gutes Ergebnis ist, dann benötigt man halt mehrere Sitzungen dafür.

3. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 17.09.2014

Protokoll zu

TOP 7: Lärmschutzwall Untere Hub

**Antrag der OR-Fraktion B 90/Die Grünen, eingegangen am
27.07.2014**

Blatt 3

OR Holstein (SPD) führt aus, dass sie schon sehr viele Anträge hinsichtlich eines Lärmschutzes für die Untermühlsiedlung gestellt habe. Sie wurde immer wieder vertröstet. Deshalb findet sie den vorliegenden Antrag gut und unterstützenswert. Was sie toll fände, wäre ein kompletter Lärmschutz. Abschließend führt sie aus, dass die Untermühlsiedlung bei Nordwind eine sehr hohe Lärmbelastigung von der Unteren Hub hat. Dies komme vom neuen Autobahnanschluss KA-Nord und durch die Aufschüttung.

3. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 17.09.2014

Protokoll zu

TOP 8: Fächerrad Karlsruhe

Anfrage der CDU-OR-Fraktion, eingegangen am 02.06.2014

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft TOP 8 auf.

OR Müller (CDU) fragt auf der Grundlage der Unkenntnis, wann die Stellungnahme des Stadtplanungsamtes beim Stadtamt Durlach eingegangen ist, was das Stadtplanungsamt unter kurzfristiger Rücksprache mit der Firma Nextbike versteht.

Die Vorsitzende lässt die Frage vom Stadtplanungsamt beantworten.

OR Stutz (FW) führt aus, dass einige Durlacher/Durlacherinnen und Durlacher Unternehmen gibt, die einen Durlacher Weg suchen. D. h. in einer der nächsten Ortschaftsratssitzungen wird es eine Vorstellung geben, wie man sich den eigenen Durlacher Weg des Fahrrad-Leih-systems vorstellen könnte.

3. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 17.09.2014

Protokoll zu

**TOP 9: Kleiner Verbindungsweg Basler-Tor-Straße/Brühlstraße
Anfrage der CDU-OR-Fraktion, eingegangen am 10.06.2014**

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft TOP 9 auf und stellt fest, dass die Fragesteller mit der Beantwortung zufrieden sind.

3. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 17.09.2014

Protokoll zu

TOP 10: Jedermann-Singen im Schlossgarten

Anfrage der FDP-OR-Fraktion, eingegangen am 20.07.2014

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft TOP 10 auf und stellt fest, dass die Anfragesteller mit der Beantwortung zufrieden sind.

3. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 17.09.2014

Protokoll zu

TOP 11: Mitteilungen des Stadtamtes Durlach

Fehlanzeige.

3. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 17.09.2014

Protokoll zu

TOP 12: Mündliche Anfragen

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft TOP 12 auf und bittet um Wortmeldungen.

OR Stutz (FW) fragt nach dem Sachstand bzgl. der Parkplätze in der Dornwaldsiedlung.

Die Vorsitzende führt aus, dass das Vergabeverfahren in diesem Bereich läuft und am Montag bekommt das Stadtamt Durlach vom Tiefbauamt den genauen Sachstand mitgeteilt.

OR Dr. Fink-Sontag (FDP) spricht das fertiggebaute Winkels-Areal an. Hier fände sie eine direkte Verbindung zur Straßenbahnhaltestelle gut. Sie fragt, ob sich hier das Stadtamt oder vom Winkels-Areal jemanden mit den Eigentümern zusammen setzt und fragt, ob hier ein Durchgangsweg geschaffen werden kann. Weiter bittet sie, den Brunnen vor der Karlsburg säubern zu lassen.

Herr Engver (StADu) sagt eine Säuberung bis zum kommenden Wochenende zu.

OR Malisius (FDP) führt aus, dass die ganze Bergbahnstrecke mit LED-Lampen ausgeleuchtet wurde. Er fragt, wann die Beleuchtung eingeschalten wird. Weiter spricht er die Badische Weinstraße, die jetzt auch durch Durlach läuft, an. Er spricht die versprochene Beschilderung an, die nur vor dem Staatsweingut angebracht wurde. Dort sei aber eine Beschilderung sinnlos. Diese müsste auf der B 3/B 10 angebracht werden. Er bittet deshalb das Stadtamt Durlach mit Herrn Hoffmann von der Touristik GmbH Kontakt aufzunehmen und dass die Touristik GmbH in den Ortschaftsrat Durlach eingeladen wird und berichtet, was man für eine Beschilderung in Durlach anbringen und welche Prospekte auslegen möchte. Und inwieweit Durlach in die Gesamtsprospekte aufgenommen wird.

Herr Rößler (StADu): Der Standort der Schilder wurde beim gemeinsamen Vorort-Termin mit dem Staatsweingut und Herrn Hoffmann festgelegt. Und es war der Wunsch des Staatsweingutes, auch direkt vor dem Haus für Ortsfremde einen Schild aufzustellen, weil eine direkte Werbung am Haus verboten ist. Hinsichtlich der Anregung für Durlach im Zusammenhang mit den Prospekten ist dies von Herrn Hoffmann aufgenommen und zugesagt worden, dass bei der nächsten Auflage des Prospektes auch Durlach eine entsprechende Würdigung erfahren wird.

OR Malisius (FDP) weist darauf hin, dass die Beschilderung an der Dürrbachstraße angebracht wurde, wo sie sinnlos angebracht ist. Diese müsste in der Rittnertstraße oder an der Badener Straße angebracht werden.

3. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 17.09.2014

Protokoll zu

TOP 12: Mündliche Anfragen

Blatt 2

Die Vorsitzende führt aus, dass sehr wohl Schilder an der B 3 angebracht sind. Sie sagt zu, OR Malisius einen Beschilderungsplan zukommen zu lassen.

OR Köster (B 90/Die Grünen) spricht einen in der heutigen Offenlage einen gewichtigen Bebauungsplan-Entwurf an und fragt, warum dieser nicht in einer Ausschusssitzung bzw. Ortschaftsratssitzung behandelt wird.

Herr Röbler (StADu) führt aus, dass das Stadtamt Durlach diesen Entwurf mit heutiger Post erhalten hat und es sich hier um eine Information handelt. Derzeit befindet man sich im Verfahren bei der Anhörung Träger öffentlicher Belange. Nach Eingang der Stellungnahmen wird dieser Bebauungsplan sehr wohl im Ortschaftsrat behandelt.

OR Griener (CDU) weist darauf hin, dass der Radweg zwischen der Tiengener Straße und der Alten Weingartener Straße (direkt an der Bahnlinie) durch Brombeerhecken derzeit schlecht zu befahren ist. Er bittet, die Brombeerhecken zurückzuschneiden.

Die Vorsitzende sagt zu, mit dem Bahnstationsmanager Kontakt aufzunehmen. Sollte sich von der Bahnseite nichts tun, werde die Abteilung Gartenbau diese Hecken zurückschneiden.

Die Vorsitzende stellt keine Wortmeldungen mehr fest. Sie schließt die Sitzung gegen 19:35 Uhr.

Die Vorsitzende:

Die Urkundsbeamten:

.....
OV Alexandra Ries OR

.....
Scheuermann (CDU)

.....
OR Dr. Wagner
OR-Fraktion B 90/Die Grünen

Die Protokollführerin:

.....
Doll, Stadtamt Durlach